„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTER-' ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391.
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Einheitliche Farmerbewegung in Saskatchewan

Die schon seit längerer Zeit vorbereitete Verschmelzung zwischen der Farmers' Union und den Grain Growers ist am 15. Juli unter dramatischen Szenen auf der gemeinschaftlichen Konvention der beiden Vereinigungen in Saskatoon endgültig vollzogen worden. Damit sind die beiden bisherigen Verbände aufgegeben und an ihre Stelle treten die „United Farmers of Canada, Saskatchewan Section." Damit ist aber auch ein hochbedeutsamer Schritt unternommen, der die gesamte Farmerbewegung der Provinz Saskatchewan auf eine ganz neue Basis stellt, für die zukünftige Entwicklung große Möglichkeiten verspricht und gewiß auch weit über Saskatchewan hinaus seinen Einfluß geltend machen wird.

Trotz der großartigen Verbrüderungskundgebung in Saskatoon wird es natürlich immer noch gewisse Farmerkreise geben, welche auch bei dieser Verschmelzung ein Haar in der Suppe finden. Jeder vernünftige Mensch muß aber zugeben, daß durch die Vereinheitlichung die Stoßkraft der organisierten Farmer beträchtlich verstärkt und ihr Aktionsradius in nicht geringem Maße erweitert wird. Darin beruhen unzweifelhafte Vorteile der „Vereinigten Farmer von Canada", wenn gleichzeitig die geschäftliche und organisatorische Leitung des Verbandes in durchaus zuverlässige Hände gelegt wird, wenn parteipolitische, religiöse und nationale Ziele ausgeschaltet werden, wenn mit anderen Worten die neue Farmervereinigung sich lediglich auf ihr Ureigenstes Gebiet, auf die Forderung und Hebung des Farmerstandes und die öffentliche Vertretung der Farmerinteressen ohne Rücksicht auf einseitige politische Strömungen und unter Zurückweisung aller radikalen und klassenkämpferischen Bestrebungen beschränkt.

Unsere deutschcanadischen Farmer, welche für die Wirtschaftsentwicklung des Westens in vorbildlicher Weise gearbeitet haben und wohl auch einen beträchtlichen Prozentsatz in der neuen Farmerbewegung stellen werden, müssen vor allem fordern, daß die „Vereinigten Farmer von Canada" eine strikte Neutralität gegenüber der Rassenfrage einnehmen. Das ist gewiß eine sehr bescheidene Mindestforderung. Weit mehr sollte erwartet werden dürfen. Insbesondere muß mit allem Nachdruck darauf hingewirkt werden, daß in Zukunft unsere deutschen Farmer in den leitenden Stellungen des neuen Verbandes ihrer Bedeutung gemäß vertreten sind. Alles Gerede von Gleichberechtigung ist so lange Unsinn, solange nicht in dem eben erwähnten Punkte ernst gemacht wird. Doch wird es in erster Linie an unseren deutschen Farmern, an ihrer Entschlossenheit und Energie selbst liegen, ob sie aus der Aschenbrödelrolle, in die sie der Kriegswahnsinn zurückgedrängt hat, sich befreien werden oder nicht.

Evangelische Auswanderer-fürsorge

Der Verband für Evangelische Auswandererfürsorge mit dem Sitz in Berlin (N. 24 Oranienburger Straße 13/14) hat uns seinen Jahresbericht für das Jahr 1925 übersandt, der einen Ueberblick über die von den Mitgliedsvereinen ausgeübte Auswandererberatung und Auswandererfürsorge gibt. Dem Verbande gehören an: Evangelischer Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer, e. V., Witzenhausen an d. Werra; Evangelisch-lutherische Auswanderermission e. V., Hamburg Berlinertor 5, Haus 2; Evangelische Auswanderermission, Bremen, Georgstraße 22.

Die Aufgabe, die sich der Verband laut seinen Satzungen gestellt hat, besteht darin, „in deutscher Treue und christlicher Bruderliebe zu dem Wunsche beseelt, planlose und unbesonnene Auswanderung zu verhüten, den deutschen Auswanderern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, für ihr wirtschaftliches, religiöses und sittliches Wohl einzutreten und ihnen ihren evangelischen Glauben sowie den Zusammenhang mit dem Vaterlande zu erhalten." Die Arbeit, die zunächst aufklärender Natur sein muß, wird durch Vortragsreisen, Besuche von Pfarrkonferenzen, Artikel in der Tagespresse und durch Herausgabe der Zeitschrift „Der deutsche Auswanderer", die in mehr als 30.000 Exemplaren verbreitet ist, geleistet. Ferner sind Tausende von Anfragen über die Auswanderungsländer zu beantworten. In diese Arbeit teilt sich der Hauptverein mit seinen 40 Zweigstellen, die über das ganze deutsche Reich verbreitet sind.

Von besonderem Interesse für uns Deutsch-Canadier ist der folgende Abschnitt des Jahresberichts:

„Im August und September bereiste der Leiter der Lutheran Immigration Board von Canada, Herr Professor Baepler, das europäische Festland, um die Möglichkeiten einer Auswanderung von deutschsprechenden Lutheranern in den verschiedenen Ländern zu prüfen. Er suchte in Hamburg einen Vertreter, der der genannten, aus verschiedenen lutherischen Synoden gebildeten Einwanderungsorganisation gegenüber die Garantie übernehmen sollte, daß die über Hamburg reisenden Auswanderer auch geeignet seien, für die bäuerlichen lutherischen Gemeinden in Canada ein brauchbarer Zuwachs zu werden. Da hierbei an eine von der deutschen Regierung nicht gewünschte Abwanderung reichsdeutscher Landwirte nur in ganz verschwindendem Umfang gedacht war, und es sich also vorwiegend um eine Betreuung von deutschstammigen Lutheranern fremder Staatsangehörigkeit handeln sollte, so entschloß sich Dr. Wagner im Einverständnis mit dem Verwaltungsausschuß zur Uebernahme der Vertretung. So wurde eine Zersplitterung der evangelischen Auswandererfürsorge in Hamburg vermieden. Obwohl wir ernsthaft auf jede Propaganda für eine Auswanderung nach Canada verzichteten, ergab sich aus der bezeichneten Vermittlerstellung naturgemäß mannigfach Anlaß zur Beratung und Betreuung von deutschen Landwirten, die mit Macht ins Ausland drängten, weil sie die ersehnte Selbständigkeit, die Canada in Aussicht stellen konnte, hier nicht fanden. Der richtige Mittelweg zwischen berechtigten nationalpolitischen Erwägungen und individuellen Bedürfnissen der Beteiligten konnte noch stets gefunden werden."

Die Ueberlegenheit des deutschen Flugwesens

Eine Gruppe europäischer Journalisten hat in einer einzigen Woche auf einer Luftrundreise sieben europäische Länder besucht. Die betreffenden Länder sind: England, Holland, Dänemark, Deutschland, Oesterreich, die Schweiz und Frankreich. Die Rundreise nahm täglich ungefähr eine Strecke von 100 Meilen in Anspruch und die Journalisten statteten den größten Städten der verschiedenen Länder Besuche ab. Zu der Besuchsreise wurden die bestehenden Handelsluftlinien und deren Flugzeuge benutzt. Die Reise begann in London, führte dann über Amsterdam nach Kopenhagen, Berlin, Leipzig, Nürnberg, München, Wien und Zürich nach Paris. Die Journalisten stellten fest, daß Deutschland das Luftwesen mehr und besser entwickelt hat, als irgend eines der anderen besuchten Länder. Die Fahrtreise für Luftreisen sind in Deutschland nicht höher als für die erste Klasse der Eisenbahn, während in den anderen besuchten Ländern die Preise 10 bis 50 Prozent höher sind als auf den Eisenbahnen.

Das große Flugunternehmen, die „Lufthansa", teilt mit berechtigtem Stolz mit, daß in dem Betrieb ihrer 50 Flugzeuge vom 1. April bis 30. Juni nicht ein einziger Unfall passiert ist und daß jedes Flugzeug seine Flüge infolge günstig bewerkstelligt hat, obgleich die Wetterverhältnisse in dieser Periode mit Gewittern, wolkenbruchartigen Regengüssen und Hagelschlag die schlimmsten seit einem Jahrhundert waren. Der Flugdienst, der anfänglich nur von Touristen benützt wurde, dürfte sich immer mehr ein und wird in letzter Zeit schon vielfach zum Geschäftsreisenden in Anspruch genommen, und zwar ohne Rücksicht auf das Wetter.

Der Betriebsleiter der Luftpolizei erklärte:

„Wir haben eine Periode der Entwicklung im Luftverkehr hinter uns, in der wir für die Förderung der Luftschiffahrt nur wenig mehr tun konnten, als auf eine gute Erhaltung der Sicherheit der Passagiere, die sich unseren Flugzeugen anvertrauen, bedacht zu sein. Bis vor wenigen Wochen waren wir hinsichtlich der Stärke unserer Maschinen, der Größe der Fahrzeuge und anderer Faktoren durch die Militärkontrolle beschränkt, so daß uns tatsächlich nur die Entwicklung größtmöglicher Sicherheit verblieb, und darin haben wir das höchste Maß erreicht. Unsere Flugzeuge sind heute ausschließlich aus Metall konstruiert und außer dem Kabel haben wir alle Elemente beseitigt, welche Pannen werden nicht zum Theil gegangen, und wenn sich einer von ihnen eine stärkere einem Gerüchte indisponiert fühlt, haben auf jedem Flugplatz Ersatzflieger zur Verfügung, um für ihn einzuspringen."

Der Betriebsleiter berichtete dann über einen am 4. Juli ausgeführten Flug von Amsterdam nach Berlin mit sieben Passagieren und 770 Pfund Fracht. Während des ganzen Fluges gingen Gewitter und Regengüsse nieder und das Flugzeug, das nebenzu unausgesetzt von Blitzschlägen umgeben war, mußte einen Umweg machen, traf aber trotzdem nur zehn Minuten nach der fahrplanmäßigen Zeit ein. Die Landung wurde mit vollständiger Sicherheit bewerkstelligt, obgleich das Flugfeld in dem strömenden Regen gar nicht sichtbar war. Die Angestellten des Flugfeldes hatten das Herannahen des Flugzeuges nicht gehört und merkten seine Ankunft erst, als es durch einen Wolkenriß von ein Fuß Höhe hinten Weg nach der Empfangshalle zurückkehrte. Die Passagiere erklärten, daß sie trotz der widrigen Umstände auf dem ganzen Flug von die geringste Beurteilung in Bezug auf ihre Sicherheit gehegt hätten.

Weltumschau

Deutschland.

Wie hier offiziell bekannt gegeben wird, richtete General Camille Walch, der Präsident der interalliierten Militärkontrollkommission, neue Abrüstungsforderungen an Deutschland. Dem deutschen Abrüstungskommissar General Pawels wurden bereits mehrere Noten zugestellt, die betreffs der Organisation der deutschen Armee neue Wünsche verraten. Inoffiziell heißt es, daß diese Noten sich namentlich mit der Stellung des Generalmajors von Seeckt als Kommandant der Reichswehr befassen, ferner mit der Erhöhung des Reichswehretats, verschiedenen geheimen Militärverbänden und angeblichen Unregelmäßigkeiten in der Herstellung von Kriegsmaterial. Das Vorgehen General Walchs hat in deutschen Regierungskreisen einen unerfreulichen Eindruck gemacht. Man neigte zu der Ansicht, die Abrüstungsfrage sei ein für allemal begraben worden. Es wurde auch bereits mit der baldigen Abreise der Kommission aus Deutschland gerechnet. Die deutschnationalen Zeitungen machen in ihren Kommentaren aus ihrem Unmillen kein Hehl.

Das Direktorium der Hamburg-Amerika Linie wird in einer außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre die Erhöhung des Kapitals um 11 Millionen Mark vorschlagen. Die geplante Ausgabe neuer Aktien wird die Kapitalisierung der Gesellschaft auf 75 Millionen bringen. Die von der „United States Lines" betriebenen Dampfschiffe „Resolute", „Reliance" und „Cleveland" wurden an die Hamburg-Amerika-Linie gegen ein finanzielles Interesse in dieser Rederei verkauft. Die Aktionäre der „American Ship and Commerce Corporation" werden diese Transaktion in der Versammlung am 23. Juli ratifizieren.

Eine für den 2. August einberufene Generalversammlung der Aktionäre des Norddeutschen Lloyd wird ersucht werden, eine Erhöhung der Kapitalisierung der Gesellschaft um 11 Millionen Mark auf 65 Millionen Mark zu sanktionieren.

Wolkenbrüche und Gewitterstürme haben in Bayern und Mitteldeutschland Tod und Zerstörung hinterlassen. Eine ältere amerikanische Frau, die in Wollmarshausen in der Nähe von Göttingen zu Besuch weilte, ertrank in einem Flusse, der stark angeschwollen ist. Vier Arbeiter, welche unter einem Baume in Simbach in der Nähe von Augsburg Schutz suchten, wurden vom Blitz erschlagen. In dem berühmten Kurorte Kissingen in Bayern wurden der Kurpark und das Kasino von drei Fuß hohem Wasser überschwemmt, und die Gäste wurden gezwungen, in den oberen Stockwerken ihres Hotels zu bleiben. Die Elbe ist bei Dresden ungefähr 9 Zoll über ihrem Normalstande.

Oesterreich.

20.000 Mitglieder des „Frontkämpfer", die aus allen Teilen Deutschlands in Wien zu der Schlußparade der „sozialistischen Demonstration" eingetroffen sind, veranstalteten eine Kundgebung gegen den Faschismus und zugunsten einer österreichisch-deutschen Union innerhalb einer großen deutschen Republik. Die sozialistische Demonstration, die vor einer Woche begann, zog mehr als 100.000 Teilnehmer bei der Gelegenheit aus neun Nationen an. Sie wurde als eine Kundgebung des „proletarischen Deutschtums nach Kultur und kameradischer Volksgemeinschaft" charakterisiert.

Prof. Berchenfeld, früherer Premierminister von Bayern, und ein mohammedanisches Mitglied des deutschen Reichstags, ist zum Gesandten in Oesterreich ernannt worden. Er tritt damit an die Stelle des verstorbenen Dr. Pfersche.

Ungarn.

Ein halbes hundert Angeklagte wurde vor den Prozeß gegen Markus Kalos und 74 andere demokratischen vorgeladen, die im September letzten Jahres unter der Beschuldigung verhaftet wurden, daß sie den Versuch machten, in Ungarn eine Republik einzurichten. Für den Prozeß haben sich zwei eine Reihe moskiebkenntter Ausländer eingefunden, unter ihnen Henri Barbusse, der französische Jugendschriftsteller und Arthur Pearson, der zu Gunsten Kanadischen Arbeiterkatechumen Unterschriften zum augenblicklichen Angelegenheit.

Rußland.

Die ukrainische politische Gebietsregierung bestätigt, einer gegenrevolutionären Organisation auf die Spur gekommen zu sein, die in Verbindung mit einem Bunde aufrührerischer Elemente in Rumänien unter der Führung des Generals Gerun tätig. Gerun vertritt den Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch. M. Urenuk, der als geheimer Emissär des Generals Gerun bezeichnet wird und der vor einiger Zeit sich der Organisierung aufrührerischer Bauernbanden in der Ukraine und in der Krim gewidmet hat, wurde mit 24 Offizieren der russischen Weißen Armee verhaftet, als sie im Begriffe waren, die Sowjet-Grenze von den rumänischen Seite her zu überschreiten. Die Gefangenen werden in Kürze in Charkow angeklagt werden.

Polen.

Die Militärblätter verteidigen die Handlungsweise von polnischen Offizieren, die am Beginn der Woche zwei Tartarenfahrer getötet haben, sie behaupten, die Offiziere seien mißhandelt worden. Die Beleidigung eines Offiziers in aber eine Beleidigung der ganzen Armee und müsse auf der Stelle gesühnt werden oder der betreffende Offizier müsse mit Schimpf und Schande aus dem Heer ausgestoßen werden. Zusammenstöße zwischen Kirchen und Militär sind sehr häufig geworden, und da die polnischen Bürger unbewaffnet sind, müssen sie die Feindschaften der Soldaten und Offiziere gewöhnlich einstecken.

Im polnischen Reichstag ist es bei der Forderung der Regierung zur durchgreifenden Abänderung der Verfassung zu scharfen Zusammenstößen der Parteien gekommen. Unter anderm hielt der Abgeordnete Dzogosch eine flammende Rede gegen die Regierungsvorlage, jedoch vom Minister des Innern, Rakowski, verteidigt wurde. Die Regierung verlangt folgende Abänderungen der Verfassung: Der Präsident soll das Recht zur Auflösung von Kammer und Senat erhalten. Der Reichstag soll jeden September zusammentreten und das Budget binnen vier Monaten annehmen. Der Präsident soll unbeschränktes Veto-recht erhalten; sein Veto kann nur durch absolute Majorität überstimmt werden. Der Präsident soll, wenn der Sejm nicht tagt, durch Dekret regieren.

Großbritannien.

Der britische Schatzkanzler Winston Churchill gab im Unterhause die Einzelheiten des mit Frankreich abgeschlossenen Schuldentilgungsvertrages bekannt und später wurde der offizielle Wortlaut des Abkommens veröffentlicht. Frankreich zahlt in diesem Fiskaljahr mit einer Abzahlung von 20 Millionen Dollar. Diese Rate steigert sich in jedem der folgenden drei Jahre um $10.000.000 und hierauf soll es bis zum Jahre 1957 jährlich $62.500.000 zahlen. Von 1957 bis einschließlich 1987 sind die Jahresraten auf $70.000.000 festgesetzt. In dem Vertrag sind auch Bestimmungen für Zahlungsverzögerungen und für eine Revision, falls England eine größere Wiedergutmachung von Deutschland erhalten sollte, als die britischen Zahlungen an Amerika ausmachen, vorgesehen. Die von Frankreich verlangte sogenannte Sicherheitsklausel, daß nämlich für den Fall eines Zahlungsverzuges Deutschlands die Frage der französischen Abzahlungen an England in Wiedererwägung gezogen werden soll, ist in besonderen Noten verankert die zwischen Churchill und Caillaux ausgetauscht wurden. Die Briten sind besonders befriedigt darüber, daß Frankreich sowohl wie Italien in der ersten Dekade der Tilgungsperiode an Großbritannien größere Zahlungen leisten werden, als die Vereinigten Staaten in derselben Zeit erhalten werden.

Frankreich.

Im französischen Außenamt wurde die zwischen Frankreich und Spanien getroffene Vereinbarung über die marokkanischen Probleme von Premier Briand und dem spanischen Ministerpräsidenten Primo de Rivera in Anwesenheit der Beamten des Außenamtes, des Gefolges de Riveras und anderer Würdenträger der beiden Länder unterzeichnet. Nach den Bestimmungen des Vertrages wird der Führer der Rifkabylen, Abd el Krim, nach der Insel Réunion verbannt, die 380 Meilen östlich von Madagaskar und südwestlich von der britischen Insel Mauritius gelegen ist. Die 44 Meilen lange und in der größten Ausdehnung nur 32 Meilen breite Insel hat einen Flächeninhalt von 970 Quadratmeilen und eine Einwohnerzahl von 172.000.

Belgien.

Durch den plötzlichen Kurssturz des belgischen Franken hart betroffen, ist Belgien im Begriff, einen sehr kühnen Stabilisierungsversuch zu unternehmen, der König Albert die Machtbefugnisse eines Diktators geben würde. Eine Vorlage, die die Einräumung außerordentlicher Rechte des Königs, Maßnahmen für Stützung des Franken ohne vorherige Zustimmung des Parlaments durch Dekrete vorsieht, wurde von dem belgischen Kabinett im Abgeordnetenhause eingebracht, und allem Anschein nach dürfte diese Vorlage angenommen werden. Der Kursrückgang des belgischen Franken auf 214 für ein Pfund Sterling hat in Belgien eine Panikstimmung hervorgerufen, die nach Ansicht einiger Finanzleute noch schlimmer ist als die französische. Das Kabinett hat an das Land einen Aufruf erlassen, das Vertrauen in die belgische Valuta nicht zu erschüttern und keine ausländischen Devisen zu kaufen. Das Kabinett macht darauf aufmerksam, daß der Kursrückgang nicht die Folge innerer finanzieller Verhältnisse sei, da das Budget ins Gleichgewicht gebracht, die Frage der internationalen Schulden geregelt und für die Tilgung der schwebenden Schuld Vorkehrungen getroffen wurde.

Portugal.

In der Hauptstadt Portugals wurde wieder einmal ein Staatsstreich durchgeführt, der den Sturz des selbstproklamierten Diktators General Gomez da Costa und seines Ministeriums zur Folge hatte. An der Spitze der neuesten portugiesischen Revolutionsbewegung standen der ehemalige Außenminister General Carmona und andere führende Militärpolitiker. General Carmona war im Jahre 1925 unter Premier Machado Kriegsminister und leitete unter Ministerpräsident Cabecadas das Ausmarsch, das General da Costa am 6. Juni an der Spitze mehrerer Regimenter in die Hauptstadt einzog und die Zügel der Regierung ergriff. Wenige Tage später erließ er eine Proklamation, in der er sich selbst diktatorische Gewalt verlieh, jedoch betritt, daß er das Beispiel Mussolinis oder De Riveras nachzuahmen gedenke.

Die 15 Jahre alte Republik Portugal hat jetzt das 42. Ministerium zu verzeichnen. Die 6 Millionen Portugiesen werden von elf Ministern regiert und in der Kammer sind mehr Parteien vorhanden als im französischen Abgeordnetenhaus, da die zwei Sozialisten, die Demokraten und die Konservativen in eine Unzahl von Fraktionen und Fraktionchen zerfallen. Die letzten Wahlen im November 1925 haben keinen Wandel gebracht. Die Monarchisten, die nur über sechs Mandate verfügen, behaupten, daß einige wenige Großkaufleute die Nutznießer der Republik sind.

Die Putsche sind in Portugal so alltäglich geworden, daß das Volk sich kaum mehr darum kümmert. Nur die größeren Staatsstreiche werden registriert. Hierzu gehören die gescheiterten Putschversuche vom Februar, April und Juli des Vorjahres. Die Rädelsführer werden meistens unter Zubilligung patriotischer Motive freigesprochen. So geschah es auch mit den 100 Putschführern, vor deren Aktion im April v. Js. der damalige Staatspräsident Teixeira Ganez sich mit knapper Not in die Carmenkaserne retten konnte. Ob die neue Bewegung, die unter Führung der politisierenden Armee steht, einen entscheidenden Wendepunkt zum Bessern einleitet, wird sich bald herausstellen.

Vom Völkerbund.

Die Nachricht von einem Ueberschreiten der bulgarischen Grenze durch rumänische Truppen hat in Genfkreisen einen peinlichen Eindruck hervorgerufen, da man in diesem Grenzzwischenfall ein deutliches Anzeichen für die bedrohliche Lage in der Dobrudscha erblickt. Dem Generalsekretariat des Völkerbundes ist über die Angelegenheit noch keine amtliche Mitteilung seitens einer der beiden beteiligten Regierungen zugegangen. Mit Spannung wartet man, wie die rumänische Antwort auf die Forderung Bulgariens, den Fall durch eine gemischte Kommission untersuchen zu lassen, ausfallen wird. Nach nichtamtlicher Darstellung sollen rumänische Truppen, die bulgarische Komitadschi verfolgten, fünf Meilen weit auf bulgarischem Boden vorgedrungen sein und bei den Kämpfen 120 Bulgaren gefangen haben. Die Komitadschi hatten am 8. Juli rumänische Gendarmen an der Grenze angegriffen, wobei ein Gefecht sollen 20 Bulgaren gefallen und 6 rumänische Soldaten verwundet worden sein. Außerdem werden 10 rumänische Soldaten vermißt. Dieses Gefecht hatte sich angeblich drei Meilen von der bulgarischen Grenze entfernt auf rumänischem Boden entwickelt. Man hofft, daß Bulgarien und Rumänien diesen Zwischenfall untereinander auf gütlichem Wege beilegen werden, ohne die Vermittlung des Völkerbundes in Anspruch zu nehmen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Ligarat, wenn er in ähnlicher Weise eingreifen wollte, wie anläßlich des griechisch-bulgarischen Grenzzwistes im Herbst v. Js., den Bestimmungen des Ligapaktes gemäß vollzählig versammelt sein müßte, was bei dem Umstand, daß Brasilien kürzlich erklärt hat, an den Sitzungen des Ligarats nicht mehr teilnehmen zu wollen, unmöglich wäre.

Die Unabhängigkeitsbewegung in Elsaß und Lothringen

„Der Autonomiebewegung, die kürzlich in Elsaß-Lothringen aufflackerte, ist wohl Einhalt getan worden, aber tot ist sie nicht." Das ist die von vielen eingesehenen Bewohnern der beiden Provinzen einem Vertreter der „Assoziierten Presse" gegenüber ausgedrückte Ansicht.

Nach allgemeiner Annahme ersehnte die Bevölkerung der beiden Provinzen nach 18jähriger Deutscher Souveränität den Wiederanschluß an Frankreich, dem sie vor Ihr Annexion an das Deutsche Reich im Jahre 1871 teilweise seit Ludwig XIV. und teilweise seit Ludwig XV. Zeiten angehört hatten.

Der Korrespondent schildert die gegenwärtige politische Lage in Elsaß-Lothringen auf Grund der Erklärungen seiner Gewährsmänner folgendermaßen:

„Die Autonomiebewegung schlummert, nachdem sie von ihren Führern taktlos und verzeitig in Gang gesetzt wurde. Ob es gelingen wird, sie wieder aufleben zu lassen, hängt scheinbar davon ab, ob die Regierung in Paris den Forderungen der Elsässer nach größeren Machtbefugnissen in ihrer lokalen Administration, größere Aufmerksamkeit ihrer Sorgen und weniger eine Zentralisierung solcher elsässischen Angelegenheiten in Paris zutreiben wird, die nach Ansicht der Elsässer von diesen selbst raischer und besser erledigt werden können. Insbesondere wird die französische Regierung gewarnt, das Konkordat aufzuheben, das die religiösen Verhältnisse in den beiden Provinzen regelt, oder sich gar einmischen zu lassen, die Aufhebung der konfessionellen Schulen zu verfügen.

Die Elsässer bringen dem Programm, innerhalb des französischen Staates eine eigene lokale Regierung, ein besonderes Parlament für die beiden an Frankreich zurückgefallenen Provinzen zu schaffen, kein großes Interesse entgegen, da es ihnen in wirtschaftlicher Hinsicht sehr gut geht. Selbst gegenüber Antrag der Agitatoren für das Heimatrecht wird erklärt, daß Elsaß, mit seiner Textilindustrie, seinen Kali- und Erzvorkommen und anderen natürlichen Schätzen, einer der reichsten Distrikte der Welt ist und jetzt besser, prosperierte als je zuvor, die Zeiten unter der Deutschen Herrschaft nicht ausgenommen."

Ein angesehener Elsässer sagte dem Korrespondenten:

„Wir vergleichen unser Los unter Frankreich mit dem, wie es hätte sein können, wenn wir bei Deutschland geblieben wären und wir stellen die Nachteile der französischen Souveränität den Vorteilen, die wir unter der deutschen Herrschaft besessen haben, gegenüber. Die Elsässer haben seinerzeit durch die Markentwertung große finanzielle Verluste erlitten und jetzt befürchten sie, daß ein anhaltender Kursrückgang des Franken die lokale Prosperität ernstlich gefährden könne. Man hat behauptet, daß die kürzliche Kampagne für die Autonomie teilweise von deutschen Agenten angezettelt wurde, die Frankreich in einem Augenblicke, da es mit nationalen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, in Verlegenheit zu bringen suchten. Unter der Bevölkerung, einschließlich der Bauern, ist auch die Ansicht verbreitet, daß die Elsässer höhere Steuern bezahlen müssen als die Leute im Altstaat."

Die Bedeutung der deutschen Sprache

Heute beginnt man wieder mit Achtung auf Deutschland zu blicken, weil es stets in wissenschaftlicher und technischer Beziehung Großes geleistet hat und noch leistet. Auch wird wieder die Pflege der deutschen Sprache empfohlen. Englisch geschriebene Blätter in den Ver. Staaten bedauern die Abschaffung des deutschen Unterrichts als eine Torheit und fordern seine Wiedereinführung in der klaren Erkenntnis, daß aus äußeren und inneren Gründen, geschäftlich und wissenschaftlich, dem Deutschen unter allen neueren Sprachen der höchste Wert beizumessen sei. Der Leiter der deutschen Abteilung an der Universität Chicago, Prof. Phillipp Allen, hat in einer Besprechung den Unterricht in der deutschen Sprache als eine unerläßliche Notwendigkeit für die Mittel- und höheren Schulen der Ver. Staaten erklärt. Nur der deutsche Unterricht könne als Ersatz für die immer mehr in den Hintergrund rückenden klassischen Sprachen eintreten. Wer die deutsche Sprache beherrscht, sollte auf dieses angestammte Erbgut stolz sein und es sorgfältig pflegen.

Münchener Bier erobert Syrien

Sogar die französischen Soldaten in den syrischen Bezirken ziehen das deutsche Bier dem französischen Produkt vor.

Eine amerikanische Gesellschaft kam in Diezzin (Groß-Libanon) per Auto an, als das Thermometer in den höchsten Regionen schwebte und verlangte nach Erfrischungen in dem Kaffeehaus der Städt, während der Chauffeur Gasoline und Wasser für den Motor besorgte. Die Amerikaner verlangten Bier und waren erstaunt, als ihnen eiskalte Flaschen mit Münchener Etiketts vorgesetzt wurden.

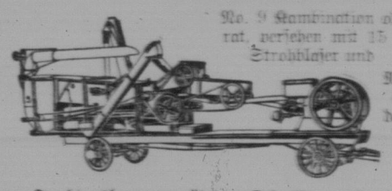
„Haben Sie kein französisches Bier?" wurde der Wirt befragt.

„Nein," erwiderte er, „dieses Bier wird auf dem Rücken eines Mauleseels von einer Kameltur einer Münchener Brauerei in Beirut hierher geschafft. Die französischen Offiziere sind hier unsere besten Kunden und ziehen es dem französischen Brau vor."

Zürnend fügte er hinzu: „Sobald wir Syrien in Frage kommen, machen wir uns genau so wenig aus dem französischen Bier wie aus dem französischen Mandat über Syrien."

Deutsche Erfindung verbessert Filme.

Der Chemiker Franz J. Stock hat ein neues Verfahren erfunden, das den durchsichtigen Film imprägniert und verdeckt und den gebrauchten Film wieder völlig in seinen Ausgangszustand versetzt. Der neue Film erhält durch das Verfahren eine bedeutend erhöhte Lichtdurchlässigkeit und Klarheit, während gebrauchte Film auf chemisch-physikalischem Wege regeneriert und für viele Jahrzehnte brauchbar erhalten werden können.

The Desjardins Company, Ltd.
Saskatoon, Sask.

No. 9 Kombination oder No. 13 Separat, versehen mit 15 Pferdestärkemotor. Strohblaser und Selbstbinder.
Neues Modell No. 6 Separator, besonders für das Dreschen mit einem Fordson Traktor gebaut.
Frachtauslagen vergütet — Schreibt um Katalog und Preise.

Schiffskarten von und nach Europa und Rußland
Geldüberweisungen nach allen Teilen der Welt in Dollars und in der Landeswährung durch Kabel, Check und Money Order. Rechtsgültige Dokumente, Einwanderungspapiere nach den Staaten, Pässe, Bürgerpapiere sind meine Spezialität.
Versicherungen aller Art in nur erstklassigen Gesellschaften.
Ich verwalte Nachlässe, kollektiere Gelder und besorge Anleihen.
Verkauf und Tausch von Farmland und Stadteigentum.
Vertreter der ältesten und bekanntesten Schiffsgesellschaften:
White Star Dominion Line — Red Star Line — American Line — Cunard Line — Anchor-Donaldson Line — Scandinavian American Line — United American Lines und Hamburg-Amerika Linie.
Vertreter der Bank of United States und der American Express Co.
Mein Name bürgt für ehrliche und zuverlässige Bedienung.
H. SCHUMACHER
Schiffskartenagentur, Oeffentlicher Notar, Eideskommissar u. Auktionator.
Office Phone 5790 — Haus Phone 6068.
1607—11th Ave. Regina, Sask.